

21. OKT. 1960



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KV/242 - 21. Oktober 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0 886 890

Für veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Die verrutschte Optik</u> Eine Antwort an das "Bulletin" Von Fritz Erler, MdB	46
1a	<u>Kinder, wo bleibt das Kindergeld?</u> Auf den Würmeling hört man nicht	29
1a	<u>Verabschiedung eines Pfluchwerkes?</u> Krankenkassenreform im Zeichen der CDU-Wahlstrategie	22
2 - 3	<u>Finnlands Arbeiterschaft wehrt sich gegen kommunistische Bevormundung</u> Klare Abgrenzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raster	62
4	<u>Auch Flugpersonal hat Anrecht auf Familienleben!</u> Opposition der Flugverkehrsgesellschaften Von Bruno Kuster, Genf	49
5 - 7	<u>Herbst-Stürme über Seoul und Tokio (II und Schluß)</u> Eindrücke einer Fernost-Reise Von Richard Reitzner, MdB	130
	* * * * *	

## Die verrutschte Optik

### Eine Antwort an das "Bulletin"

Von Fritz Erlor, MdB

Das "Bulletin" der Bundesregierung meint am 20. Oktober 1960 unter der interessanten Überschrift "Der richtige Kurs", der Realist Gaitskell denke anders als die SPD-Führung. Die Opposition lehne eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr ab. Dies sei der wesentliche Unterschied zwischen dem Labour-Chef und der SPD-Führung.

Der ungenannte Verfasser des Aufsatzes im "Bulletin" scheint weder die vom Vorstand der Arbeiter-Partei in Scarborough eingetrachte, leider mit knapper Mehrheit abgelehnte EntschlieÙung zur Verteidigungspolitik gelesen noch die Berichte des in Scarborough neben mir sitzenden Vertreters der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland über den Parteitag der Britischen Arbeiter-Partei zur Kenntnis genommen zu haben. Gaitskell hat sich auf dem Parteitag ausdrücklich darauf bezogen, daß die von ihm vertretene Verteidigungspolitik mit der Haltung der deutschen Sozialdemokratie übereinstimme und mit ihr abgesprochen sei. Er hat ausdrücklich, wenn auch leider nicht mit ausreichendem Erfolg, davor gewarnt, daß die britische Partei sich aus dieser Gemeinsamkeit der Auffassungen mit der SPD entferne. In dem von Gaitskell verteidigten Dokument des Vorstandes heißt es wörtlich: "Wir glauben, daß unter den gegenwärtigen Umständen keine deutschen Truppen mit Kernwaffen ausgerüstet werden sollten". Vorher heißt es: "Wenn unsere Strategie auf militärische und nicht auf Prestigeerwägungen gegründet werden soll, müssen wir die Wahrheit akzeptieren, daß ein Land unserer Größe in keinem wirklichen Sinn des Wortes eine 'unabhängige Atommacht' bleiben kann. Wir meinen, daß in Zukunft unser britischer Beitrag zu der westlichen Bewaffnung auf konventionellem Gebiet liegen wird, indem wir den Amerikanern die Bereitstellung der westlichen strategischen Abschreckung überlassen".

Dem "Bulletin" der Bundesregierung kam es offenbar nicht auf die Unterrichtung über den tatsächlichen Hergang, sondern auf die Bereitstellung von Wahlmunition für die Regierungspartei an. Das gehört nicht zu den Aufgaben eines aus Steuermitteln bezahlten Organs. Das dürfte sich erst ändern, wenn eine neue Regierung nicht wie die derzeitige Partei und Staat verwechselt.

Wer ist eigentlich damit gedient, wenn der Umwelt der Eindruck vermittelt wird, die größte deutsche Mitgliederpartei und zweitstärkste Partei des Bundestages sei nicht zuverlässig in ihrem Bekenntnis zur Landesverteidigung und in ihrer Bereitschaft, das Erforderliche für die Sicherheit unseres Landes im Rahmen der eingegangenen internationalen Verpflichtungen zu leisten? Wer hierin Zweifel sät, ermutigt die Hoffnungen der Herren Chruschtschow und Ulbricht. Solche Hoffnungen sollte man drüben gar nicht erst wecken. Fehlschlüsse aus falscher Einschätzung des Widerstandswillens eines Volkes können leicht zu bösen internationalen Verwicklungen führen und in Konflikte hineintreiben, die niemand will. Wir können die Verantwortlichen der Regierungspolitik nur warnen, ein solches Spiel zum Schaden der Sicherheit unseres Landes fortzusetzen.

### Kinder, wo bleibt das Kindergeld?

sp - Als sich zu Beginn dieser Woche die Sozialexperten der CDU, angeführt durch ihren gelegentlichen Spitzenreiter Würmeling, anschickten, den Bundeskanzler wegen des Kindergeldes für das zweite Kind die Hölle heiss zu machen, gingen sie stolz eroberten Hauptes in den Wandelgängen des Bundestages einher und liessen Journalisten sowie andere Betrachter des bundesrepublikanischen Zeitgeschehens wissen, sie würden jetzt von der weichen zur harten Welle übergehen. Im Anlauf auf die Festung blieben sie jedoch stecken. Die CDU-Abgeordneten aus Finanz und Wirtschaft zogen ihre Päden, stellten dem Herrn Würmeling einige Fußangeln und ließen - wie schon so oft - den Kanzler wissen, sie seien nicht bereit, sich von dem "Illusionisten einer christlich-demokratischen Sozialpolitik" an die Wand spielen zu lassen. Die vom Kanzler grossartig angekündigte Aussicht, man werde jetzt bald auch für das zweite Kind zahlen, ist nach diesem Intermezzo vorläufig im Gestrüpp des interfraktionellen Dschungels der CDU hängengeblieben. Herr Würmeling faucht wie ein wildgewordener Kater, aber da er weiss, daß die CDU-Wahlkampfgelder nicht von den kinderreichen Familien, sondern von der Industrie kommen, ist fast mit Sicherheit anzunehmen, daß er wieder einmal - wie schon vor Jahren - klein beigeben muss. Jetzt summiert die Wahlstrategen der CDU an einem Kindergeldslogan herum. Der soll ungefähr so lauten: Wählt Adenauer, den Familienvater; wenn er Bundeskanzler bleibt, gibt es in der nächsten Legislaturperiode das richtige Kindergeld. - Im Hintergrund dieser lamentablen und tragisch-komischen Geschichte steht natürlich die Vorstellung zahlreicher Interessentengruppen innerhalb und am Rande der Kanzlerpartei, dass man vor der Wahl noch einige andere Wahlgeschenke verteilen müsse, um deren Finanzierung jedoch heute noch gestritten wird. Inzwischen laufen die Sozialexperten, nunmehr gesenkten Hauptes, herum und fragen: Kinder, wo bleibt das Kindergeld?

+ + +

### Verabschiedung eines Pfuscherkes ?

sp - Der Bundeskanzler Dr. Adenauer hat die CDU-Mitglieder des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik zur Eile aufgefordert. Sie sollen sich endlich für die Verabschiedung eines parlamentsreifen Gesetzes über die Reform der Krankenversicherung entscheiden. Die Beratungen über diese mit Explosivstoff beladene Materie ziehen sich schon seit einigen Jahren dahin, es hat darüber erregte, zum Teil recht leidenschaftlich geführte Diskussionen in der Öffentlichkeit gegeben. Die Ablehnung der von der CDU vertretenen Ideen über die Reform der Krankenversicherung war bei den davon Betroffenen - und sie sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung fast hundertprozentig - sowohl bei den Versicherten wie auch mit verschwindenden Ausnahmen bei den Ärzten. Alle Fachkenner sind sich heute wohl darüber einig, daß die zur Verfügung stehende Zeit für die Ausarbeitung eines Gesetzes, das einen tiefen Einschnitt in die bestehende Sozialstruktur bedeutet, nicht mehr ausreicht. In der Frage, wo die richtigen Gewichte in diesem Gesetz zu setzen sind, gibt es ja innerhalb der CDU/CSU die allergrössten Meinungsverschiedenheiten; unzählige Vorschläge und Änderungen zum Regierungsentwurf wurden in der Zwischenzeit vorgelegt, um schließlich wieder verworfen zu werden. Dieses erbarmungswürdige Schauspiel soll nun beendet werden. Der Kanzler verlangt die rasche Verabschiedung der Krankenversicherungsreform. Aber was jetzt unter diesen Umständen herauskommen kann, kann nur ein elendes Pfuscherwerk sein, auf Kosten des Sachverstandes. Gilt dieser so wenig bei der allmächtigen Regierungspartei?

+ + +

Finnlands Arbeiterschaft wehrt sich gegen kommunistische Bevormundung

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Die schon lange dauernde Gewerkschaftskrise in Finnland hat sich weiter zugespitzt und steht unmittelbar vor ihrem Höhepunkt. Vertreter von siebzehn Gewerkschaftsparten mit insgesamt rund 80 000 Mitgliedern wollen einen neuen Gewerkschaftsbund gründen. Die konstituierende Sitzung wird am 5. November stattfinden. Versuche, im letzten Augenblick eine Brücke zwischen den beiden streitenden Gewerkschaftsfronten zu schlagen, sind damit gescheitert. Der neue finnische Gewerkschaftsbund besteht aus sozialdemokratisch gesinnten Arbeitnehmern, die sich der kommunistischen und pro-kommunistischen Führung der alten gewerkschaftlichen Dachorganisation nicht unterwerfen wollen. Die Zahl von 80 000 Mitgliedern ist wahrscheinlich nur der Anfang. Weitere Gewerkschaftsparten werden sich anschließen. Während der Beschlussfassung in Helsinki traf die Mitteilung ein, dass auch die 5700 gewerkschaftlich organisierten Briefträger Finnlands aus der "fachlichen Zentralorganisation" (FCO) ausgetreten sind.

Der Aufstand sozialdemokratischer Arbeitnehmer gegen die Zentralorganisation setzte kurz nach Ostern dieses Jahres ein. Wie vieles im politischen Leben Finnlands hat auch diese Entwicklung ihren mehr oder weniger direkten Hintergrund in den Gegebenheiten um Väinö Tanner, dem 79-jährigen berühmt-unstrittenen Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei. Schon 1957, als Tanner nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe wegen "Kriegsverantwortung" wieder an die Spitze der Partei gestellt wurde, kam es zur Spaltung der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion. 14 Politiker, unter Führung des linkssozialistischen Simonen, verließen die Partei (die jetzt 37 Vertreter in Riksdagen hat) und bezeichneten sich als "sozialdemokratische Opposition". Bald darauf wurden auch die gewerkschaftlichen Konsequenzen dieser Zersplitterung sichtbar. Als die Simoniten sahen, dass ihr Kampf auf dem politischen Sektor ohne Erfolg blieb, beschlossen sie, zum Angriff innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung überzugehen. Auf der Delegiertenversammlung

des Gewerkschaftsbundes Mitte Mai vereinten sie ihre Stimmen mit denen der Kommunisten. Zusammen erlangten Linkssozialisten und Kommunisten eine Mehrheit von 48 Stimmen gegenüber 43 Sozialdemokraten, und damit war Finnlands gewerkschaftliche Zentralorganisation in die Hände der Kommunisten geraten.

Die Wirkungen dieses "Pfingsten-Handstreiches" sind sofort eingetroffen. Eine Reihe Gewerkschaften beschlossen, den Bund zu verlassen. Angefangen haben die 17 000 Holzarbeiter, gefolgt von 5000 Krankenpflegern, 5000 Lokomotivführern, 7500 Textilarbeitern und 6000 Autotransportarbeitern. Jetzt sind es 80 000 Gewerkschaftsmitglieder, die sich auf diese Weise gegen die kommunistische Machtübernahme durchgesetzt haben, aber die Zentralorganisation verfügt noch immer über etwa 200 000 Mitglieder und hat ihre Hauptstützpunkte in der Metallindustrie. Es gehört zur Vorgeschichte der gewerkschaftlichen Krise, dass seit dem Generalstreik in Finnland 1956 die Gegensätze sich mehr und mehr verschärft haben, und dass schon damals mehrere Verbände ausgeschieden sind.

Die gewerkschaftliche Bewegung Finnlands hat eine andere und schwächere Prägung als die Gewerkschaften in den übrigen nordischen Ländern. Bezeichnend dafür ist, dass die Zentralorganisation nur rund 300 000 Arbeitnehmer umfasste, obwohl die Zahl der Werktätigen mehr als das dreifache beträgt. Auf der Vertreter-Tagung in Helsinki wurden scharfe Angriffe gegen die undemokratischen Führungskräfte der Zentralorganisation gerichtet. Als Gegenmaßnahme zur Errichtung der neuen Landesorganisation will der kommunistisch gelenkte Gewerkschaftsbund "Ereutz-Sparten" gründen. Man befürchtet eine Gewerkschaftsanarchie, die der lohnpolitischen Position der Arbeitnehmer nur schaden kann. Bei den kürzlich abgehaltenen Gemeindewahlen sind die "Simoniten" sehr schlecht davongekommen. Ihre Parlamentsstärke im Riksdag entspricht bei weitem nicht ihrer Resonanz in der Bevölkerung. Aber durch ihre Zusammenarbeit mit den Kommunisten im Gewerkschaftsbund ist es ihnen gelungen, die Spaltung der finnischen Arbeiterbewegung weiter zu vertiefen.

Auch Flugpersonal hat Anrecht auf Familienleben!

Von Bruno Kuster, Genf

Der Widerstand der Fluggesellschaften verhinderte die Ausarbeitung international einheitlicher Richtlinien über die Arbeits- und Ruhezeit des Flugpersonals. An einer vom Internationalen Arbeitsamt einberufenen Sonderkonferenz erörterten Vertreter der Regierungen, der Unternehmungen und der Arbeitnehmer die Auswirkungen der technischen Entwicklung auf die Arbeitsbedingungen des Flugpersonals.

Kein anderer Wirtschaftszweig entwickelte sich in den letzten dreissig Jahren so schnell wie das Flugwesen. Ebenso schnell wandeln sich die beruflichen und sozialen Verhältnisse. Die besonderen Bedingungen der Luftfahrt stellen eine zusätzliche Erschwerung für eine einigermaßen stabile Regelung der Arbeitsverhältnisse dar. Was heute gilt, ist morgen veraltet. Herrschte lange Zeit spürbarer Mangel an Piloten, vermag heute das Angebot der Nachfrage genügen, da einerseits die Ausbildung von Nachwuchs intensiviert wurde, andererseits aber pro Flugkilometer und Passagier wegen der zunehmenden Fluggeschwindigkeiten und der Grösse der Maschinen weniger Piloten benötigt werden. Dafür herrscht steigende Nachfrage nach Kabinenpersonal. Auch die Anforderungen, die an die Bodenmannschaften gestellt werden, unterliegen dauernden Veränderungen. Zwar ist die Wartung der Dieselmotoren einfacher, aber die elektronische Ausrüstung wird immer komplizierter.

Selbstverständlich wirken sich die höheren Fluggeschwindigkeiten und die langen, ohne Zwischenlandung zurückzulegenden Distanzen auch auf die Regelung der Arbeits- und Ruhezeit aus. Während sich die Internationale Organisation für Zivilluftfahrt mit den Fragen der Sicherheit und der Zuverlässigkeit des Luftverkehrs befasst, ist das Internationale Arbeitsamt auf Grund eines zwischen beiden Organisationen bestehenden Abkommens befugt, sich der sozialen Aspekte des Problems anzunehmen.

Die Luftverkehrsgesellschaften sind, wie die Diskussion bald zeigte, über die "Einmischung" des Internationalen Arbeitsamtes keineswegs entzückt. Sie stellen sich auf den Standpunkt, daß die strengen Sicherheitsvorschriften, denen sich die Gesellschaften bereits zu unterziehen haben, von selbst alle gerechtfertigten Ansprüche des Personals befriedigen.

Demgegenüber machten die Sprecher des Personals geltend, daß ein dringendes Bedürfnis nach einer international einheitlichen Regelung nicht nur der eigentlichen Flugzeiten, sondern der gesamten Dienstzeit, besteht. Die blosser Beachtung der Sicherheitsvorschriften verhindert nicht, daß die Arbeitszeit dem normalen Zyklus des notwendigen Schlafes zu wenig Rechnung trägt. Die oft sehr lange Abwesenheit von der Familie und die Unmöglichkeit, am sozialen Leben teilzunehmen, müssen durch entsprechend ausgedehnten Urlaub kompensiert werden. Auch das Flugpersonal hat Anrecht auf ein Familienleben!

Obwohl die Regierungsvertreter dem Standpunkt der Arbeitnehmer weitgehendes Verständnis entgegenbrachten, gaben die Fluggesellschaften ihre hartnäckige Opposition nicht auf. Den von der Konferenz mit den Stimmen der Arbeitnehmer und der Regierungen angenommenen "Schlussfolgerungen" stimmten die Unternehmer nicht zu. Dennoch stellt dieses Dokument ein wertvolles Werkzeug für die weitere Arbeit dar. Es anerkennt, dass bei der Festlegung der Arbeits- und Ruhezeit nicht nur technische, sondern auch soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden müssen.

Herbst-Stürme über Seoul und Tokio (II und Schluss)

Von Richard Reitzner, MdB

Die jetzige Regierung Südkoreas wird von der Mehrheitspartei (Demokratische Partei - national und konservativ mit starken Gruppen-Interessen) gebildet. Ministerpräsident Dr. J. W. Chang hat es sicher nicht leicht. Ausserdem ist seine Fraktion in vier rivalisierende Teile gespalten, was in Korea und auch in Japan bedeutet, daß man in der eigenen Fraktion Stimmen bei sehr wichtigen Anlässen einkaufen muss. Die Bürokratie ist im wesentlichen die gleiche geblieben, mit allen alten Fehlern und Schwächen. In Tokio hatte ich auf dem Weg zum Parlament meine Kamera in einem Taxi liegen gelassen. Trotz vieler Bemühungen der Behörden gelang es nicht, sie wiederzufinden. Natürlich hatte sie einen Liebhaber gefunden. Ein japanischer Beamter, der sich sehr bemühte, meine Kamera zu finden, sagte mir: "In Seoul würden Sie sie sicher zurückbekommen. Dort arbeitet nämlich die Polizei noch mit Schwarzhändlern und Dieben gut zusammen".

Im südkoreanischen Parlament sind die zwei sozialistischen Parteien nur schwach vertreten. Beide Parteien befinden sich im Stadium des Neuaufbaues, wachsen ständig, beide bekennen sich zu den Prinzipien der sozialistischen Internationale, von Frankfurt 1951 und zu den Grundsätzen des Godtberger Programms. Unsere Aussprache mit den Abgeordneten und Vertretern der beiden sozialistischen Parteien, sowie mit den Vertretern der Gewerkschaften ist sehr interessant und fruchtbar gewesen. Es ist zu hoffen, daß die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien recht bald erfolgen wird.

Überall im Lande ist guter Wille zu spüren. Die Schwierigkeiten jedoch sind enorm.

Reicher Norden-ärmer Süden

Korea umfasst eine Fläche von 220.792 qkm, davon entfallen 124.818 qkm (56,5 Prozent) auf Nordkorea und 95.974 (43,5 Prozent) auf Südkorea. Von rund 34 Millionen Einwohnern wohnen 23 Millionen in Süd- und nur etwa 11 Millionen in Nordkorea. Die Bevölkerungsdichte in Südkorea beträgt 240 pro qkm gegenüber nur rund 99 pro qkm in Nordkorea.

Die bedeutendsten Bodenschätze Koreas liegen im Norden. Die wirtschaftliche Lage Südkoreas ist besonders prekär, weil auch die gesamte Industrie des Landes vor der Teilung in Nordkorea konzentriert war. Die wirtschaftliche Grundlage Südkoreas bildet nach wie vor die Landwirtschaft, an erster Stelle steht der Reisbau. Rund 65 Prozent der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig.

Trotzdem kann Südkorea die Ernährung der Bevölkerung nicht aus eigener Kraft sicherstellen. Es wird besonders Getreide aus amerikanischen Überschussbeständen eingeführt.

Die Wirtschaft Südkoreas hängt in weitgehendem Maße von der amerikanischen Finanzhilfe ab. Im letzten Etatjahr erhielt Südkorea aus ICA-Mitteln 210 Millionen Dollar. Im laufenden Rechnungsjahr soll die USA-Wirtschaftshilfe auf 180 Millionen Dollar herabgesetzt werden. Seit der Teilung bemüht sich Südkorea mit den ICA-Mitteln um den Ausbau einer eigenen Industrie. So hat Südkorea heute bereits Ansätze einer Textil-, Stahl-, Zement-, Düngemittel-, Glas-, Maschinen- und Fahrzeugindustrie. Doch ist Südkorea noch in keinem Wirtschaftssektor autark. Besondere Aufmerksamkeit wird der Gewinnung von Elektrizität gewidmet. Südkorea hat auch Vorkommen an Bodenschätzen aufzuweisen, die aber noch nicht erschlossen sind.

#### Große Lücken im Außenhandel.

Der Außenhandel Südkoreas wird durch eine enorme Lücke in der Handelsbilanz charakterisiert. Im Jahre 1959 wurden Waren im Werte von 282,7 Millionen Dollar eingeführt, der Export erreichte aber nur einen Wert von 19,2 Millionen Dollar. 1959 betrug das Defizit der Handelsbilanz 263,5 Millionen Dollar, diese Lücke wird durch amerikanische Hilfsmaßnahmen geschlossen.

Die wichtigsten Außenhandelspartner Südkoreas sind die USA, Japan, die Bundesrepublik, Italien und Formosa. Der Warenaustausch mit der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren günstig entwickelt. Die deutsche Industrie partizipiert in hohem Umfang an den Aufträgen, die Südkorea mit Hilfe der ICA-Mittel erteilen kann. 1959 exportierte die BRD Waren im Werte von 140 Millionen DM nach Südkorea. Geliefert wurden hauptsächlich Düngemittel und Maschinen. Die Ausfuhr Südkoreas nach der BRD hatte dagegen nur einen Wert von zwei Millionen DM.

Immer noch ist in Südkorea die Familie ein existenter und solidarischer Kreis. Die Familie besteht nicht nur aus zwei Generationen. Sie ist ihrem Wesen nach noch häufig patriarchalisch. Die ungewöhnliche Solidarität der Familie drückt sich in außerordentlichen Pflichten vor den Rechten gegenüber den verschiedenen Mitgliedern der Familiengemeinschaft, des Clans und auch gegenüber dem Dorf aus. Wie weit im Dorf echte Brüderlichkeit herrscht, konnte ich natürlich nicht feststellen. Die Stellung der Frau ist je nach dem Stande verschieden. Ihre untergeordnete Stellung ist aber noch erkennbar. Sache der Frau ist das Haus. Die Dinge ändern sich nach der Geburt des ersten Knaben.

In koreanischen Dörfern fällt auf, daß Väter mit ihren kleinen Kindern spazierengehen; die Mädchen bekleidet, die Buben als Bakodeis, damit man auch den Buben als Buben erkennt. Er ist der Stolz des Vaters. Überall war sichtbar, wie früh die Kinder am Leben der Erwachsenen teilnehmen. Knaben arbeiten auf den Reisfeldern



(die Ernte hatte eben begonnen) Mädchen kümmern sich liebevoll um die Jüngeren, tragen sie auf dem Rücken, pflegen sie und spielen mit ihnen. Spielzeuge habe ich nirgends gesehen.

Nur wenig Analphabeten.

In jedem koreanischen Dorf aber sieht man saubere, meistens neue Schulen. Die Schüler mittlerer und höherer Schulen gehen durchweg einheitlich und sehr sauber gekleidet. Kleine Buben und Mädchen laufen mit Schulranzen umher, die grösseren mit Aktentaschen. Wie ich hörte, gibt es in Korea nur wenig Analphabeten. Die Stellung des Lehrers ist bedeutsam, wenn er auch schlecht bezahlt wird.

Leider konnte ich der Einladung von Prof. Cho Moon (Präsident des Südkoreanischen Lehrerverbandes), noch einige Tage in Korea zu bleiben, um Vorträge zu halten und mir die Schulverhältnisse anzusehen, nicht Folge leisten.

Die angesehene Stellung der Lehrer ist in Korea und China sehr alt. Der Unterricht in diesen Ländern hatte jahrhundertlang geistlichen Charakter. Der Meister vermittelte aber nicht nur Wissen, sondern auch die Kraft, dieses Wissen aufzunehmen. Der Schüler erwies daher in früheren Zeiten dem Lehrer religiöse Ehrfurcht und versuchte, ihm ähnlich zu werden. Heute jedoch werden in Korea und Japan Religion und Heilige aus dem Unterricht immer mehr ausgeschaltet.

Was kann Bonn tun?

Was ich abschließend sagen möchte ist dies: Die amerikanische Hilfe muss durch deutsche Hilfsmaßnahmen ergänzt werden. Für diese Aufgabe ist das Verständnis und die Mitarbeit des Deutschen Volkes zu gewinnen. Charitative Hilfe, so anerkanntenswert sie ist, genügt nicht. Bundestag und Bundesregierung sollten rasch handeln. Wir müssen ständiges aktives Interesse an der Entwicklung und Politik in Asien zeigen und die Frage der Entwicklungshilfe nicht als eine vorübergehende Mode-Angelegenheit ansehen.

Südkorea sollte daher eine gemeinsame politische und wirtschaftliche Verpflichtung des freien Westens sein. In dem Kampf gegen die Armut muss auch die Bundesrepublik ihren Beitrag leisten. Ein Team von Fachleuten sollte umgehend nach Südkorea abreisen. Die wirtschaftliche Diagnose muss an Ort und Stelle erfolgen. Die Lage in Südkorea ruft vor allem nach Muster-Lehrwerkstätten, Berufsschulen, Ingenieurschulen und gewerblichen Ausbildungsstätten. Wenn ein Agrarland mit 23 Millionen Einwohnern leben will, muss es planmässig industrialisiert werden, um den sozialen und kulturellen Aufstieg zu ermöglichen. Ebenso ist die Landwirtschaft zu modernisieren. Reis für alle müsste möglich sein.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel